

## **Don Quixote und der Schuldenberg**

Auch wenn noch jede Regierung Sparprogramme aufgelegt hat - der deutsche Schuldenberg wächst und wächst. Selbst die auch international viel gelobte Schuldenbremse in der Verfassung bremst nur den Anstieg der Belastung für künftige Generationen. Eigentlich nötig wäre es, mit der Tilgung der Staatsschulden anzufangen. Aber für eine solche radikale Wende fehlt der Politik der Mut.

Sven Afhüppe Berlin Alexander Dill ist einer, der es ernst meint mit dem Schuldenabbau in Deutschland. Statt über den riesigen Schuldenberg nur zu jammern, hat der Wissenschaftler mit der Initiative "Hurra, wir tilgen" die erste Plattform für einen freiwilligen Schuldenabbau geschaffen. "Deutschland wird zum Gefangenen seiner Schulden. In einigen Jahren sind die Zinszahlungen so hoch, dass der gesamte Staat nicht mehr handlungsfähig ist", warnt Dill, der am alternativen Baseler Institut für Gemeingüter und Wirtschaftswissenschaften forscht. Die Tilgung der Schulden sei deshalb "eine ernste Angelegenheit von nationaler Tragweite", trommelt er für sein Projekt.

Bis Ende Januar spendeten bereits mehr als zwanzig Bürger zusammen 17 450 Euro aus ihrem Privatvermögen. Der Mannheimer Literaturprofessor Jochen Hörisch steuerte mit 10 000 Euro die höchste Einzelspende bei. Das Geld hat Dill an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) überwiesen, obwohl der oberste Kassenwart des Landes von der Idee einer einmaligen Vermögensabgabe zur kompletten Tilgung der deutschen Staatsschuld überhaupt nichts hält, wie das Finanzministerium dem Wissenschaftler mit der hohen Stirn bereits schriftlich mitgeteilt hat.

Und auch wenn die Summe bei einem Schuldenberg von mehr als 2000000000000 Euro wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirkt, gibt Dill nicht auf. "Natürlich kämpfe ich wie Don Quixote gegen die Staatsverschuldung", gesteht er sich ein, "aber nach und nach wird bei den Bürgern schon ein Bewusstseinswandel einsetzen."

Tatsächlich wollen sich immer mehr Deutsche nicht einfach auf die Sonntagsreden der Politiker verlassen, die unablässig einen Abbau der Neuverschuldung und irgendwann Überschüsse in den öffentlichen Kassen versprechen. Gerade erst haben Hans Grossmann und Gerhard Scheurich im baden-württembergischen Leimen die Initiative "Die Schuldentilger" ins Leben gerufen. In 50 Jahren sei Leimen von der finanzkräftigsten Stadt der Region zum kranken Mann der Metropolregion herabgesunken. "Jetzt ist der Moment gekommen, mit der Tilgung der Schulden für Leimen zu beginnen", schreiben die beiden Initiatoren auf ihrer Internetseite. Spenden kann jeder, der mithelfen will, die 70 Millionen Euro Schulden der Stadt abzubauen.

Wenn Bürger schon anfangen, dem Staat Geld zu schenken, dann zeigt das, wie ernst sie das Problem nehmen. Längst ist die ausufernde Staatsverschuldung die größte Sorge der Deutschen, noch vor der Arbeitslosigkeit oder einem erneuten Konjunkturerinbruch. Schließlich bekommen sie in der Euro-Schuldenkrise vorgeführt, wie schnell es geht, dass ein Land vor dem finanziellen Abgrund steht und um internationale Hilfe bitten muss.

Knapp 25000 Euro Schulden schultert jeder Bundesbürger, egal ob Arbeiter, Rentner oder Kind. 1970 waren es gerade einmal gut 1000 Euro.

Weil der Fiskus weiter Schulden macht und gleichzeitig die Bevölkerung schrumpft, wird die Pro-Kopf-Verschuldung der Deutschen in den kommenden Jahren explodieren. Nach Expertenschätzungen wird sich der Wert 2015 bereits der 30000-Euro-Marke nähern, 2050 werden dann mehr als 40000 Euro Schulden auf jedem Bundesbürger lasten. Um für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen, muss der Schuldenberg absolut reduziert werden - alles andere ist eine reine Entschuldungs-Illusion.

Doch von Überschüssen im Bundeshaushalt kann Schäuble in den nächsten Jahren nur träumen. Allein im laufenden Jahr muss sich der Bundesfinanzminister mehr als 300 Milliarden Euro an den Kapitalmärkten leihen, um neue Schulden aufzunehmen und alte Schulden begleichen zu können. Für das ungenierte Leben auf Pump zahlen Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr bereits mehr als

60 Milliarden Euro Zinsen - mehr als zehn Prozent aller Steuereinnahmen. Das ist Geld, das ganz konkret für Kindergärten, Bibliotheken und neue Straßen fehlt.

Noch ist Deutschland ein gutes Stück davon entfernt, wie Griechenland und Irland von den Kapitalmärkten als unsicherer Kantonist eingestuft zu werden. Die Ratingagenturen geben der Bundesrepublik immer noch die höchste Bonitätsnote "AAA". Doch die ersten Probleme sind längst sichtbar. Nicht immer gelang es der Schuldenagentur des Bundes im vergangenen Jahr, reibungslos die notwendigen Milliarden bei den Investoren aufzutreiben.

Hinzu kommt, dass die Politik bisher keine institutionellen Vorkehrungen getroffen hat, den wachsenden Schuldenberg wirklich in den Griff zu bekommen. Denn auch die neue Schuldenbremse in der Verfassung erlaubt dem Bund, in Zukunft weiter Schulden zu machen. Nur für die Länder gilt ein striktes Neuverschuldungsverbot, allerdings erst ab 2020. Bis dahin dreht sich die Schuldenspirale munter immer weiter.

Vor knapp zwei Jahren überschlug sich die Große Koalition geradezu im Lobgesang auf die neue Verfassungsnorm. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) nannte den Beschluss "historisch"; die Verhandlungsführer der Reformkommission, SPD-Fraktionschef Peter Struck und Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sprachen von einer "Zeitenwende" und "Sternstunde des Föderalismus".

Der Grund für so viel Pathos: Die neue Schuldenregel ist besser als die alte Verfassungsvorschrift, die nicht verhindert hat, dass sich die Schulden des Landes in den vergangenen 15 Jahren verdoppeln konnten. Das sieht auch Clemens Fuest, langjähriger ökonomischer Berater der Bundesregierung. "Die neue Schuldenregel ist ein riesiger Fortschritt, weil sie auf die Politik mehr Druck zur Sparsamkeit ausübt", sagte der Wissenschaftler dem Handelsblatt.

Doch ein wirklich scharfes Schwert gegen die wachsende Staatsverschuldung sind auch die neuen Defizitvorgaben der Verfassung nicht. Es gibt Lücken, Ausnahmen und Definitionsspielräume, die ein schnelles Ende der Schuldenmacherei verhindern. "Die Vorgabe für die Bundesländer, erst 2020 die Neuverschuldung auf null drücken zu müssen, ist viel zu lang. Außerdem ist es ein Fehler, dass der Bund das strukturelle Defizit nicht auf null zurückfahren muss", kritisierte Rainer Holznaegel, Vizepräsident beim Bund der Steuerzahler.

In der Tat verlangt die neue Schuldenvorschrift, dass der Bund sein Haushaltsdefizit bis 2016 schrittweise auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückfahren muss. Unabhängig von der konjunkturellen Lage kann der Bundesfinanzminister danach immer noch etwa neun Milliarden Euro neue Schulden pro Jahr machen.

Eine Verpflichtung, Überschüsse zum Schuldenabbau zu erzielen, gibt es nicht. Wenn die Politik sich nicht selbst dazu zwingt, wird der Schuldenberg also weiter wachsen - und damit auch die Schulden pro Kopf.

In den vergangenen Monaten musste sich Finanzminister Schäuble gleich von mehreren Seiten Kritik an seiner eigenwilligen Auslegung der Schuldenbremse anhören. Bundesbank, Bundesrechnungshof und der Sachverständigenrat werfen CDU-Politiker vor, er habe den Ausgangswert für den Schuldenabbau, nämlich die strukturelle Neuverschuldung im vergangenen Jahr, um etliche Milliarden zu hoch angesetzt. Schäuble habe sich so zusätzliche Verschuldungsspielräume ermöglicht, lautet unisono der Vorwurf. Die SPD spricht sogar von einer "Kriegskasse", die sich der Finanzminister heimlich angelegt habe, um doch noch eine milliardenschwere Steuersenkung umsetzen zu können.

Schäuble weist solche Anschuldigungen allesamt zurück und verweist auf den vorhandenen Interpretationsspielraum. Die Glaubwürdigkeit der neuen Schuldenbremse ist seit dieser Debatte schwer ramponiert. Sinnvoller wäre es, das Bundesfinanzministerium würde die Berechnung des strukturellen Defizits nicht selbst durchführen, sondern beispielsweise von der unabhängigen Bundesbank durchführen lassen.

Völlig unzureichend bleiben zudem die Verfassungsvorgaben für den Fall, dass der Bund die zulässige Schuldenobergrenze überschreiten sollte. Einen wirksamen Sanktionsmechanismus gibt es nicht. Das bemängeln auch die fünf Wirtschaftsweisen. "Wünschenswert wäre es daher, wenn bei Verstößen gegen die Schuldenregel automatische Konsolidierungsschritte - etwa über zu erhebende Steuerzuschläge - eingeleitet würden", schlugen die Ökonomen in ihrem jüngsten Jahresgutachten vor.

Um die Wirksamkeit der Schuldenbremse zu erhöhen, müsste der Gesetzgeber außerdem dringend definieren, wann eine "außergewöhnliche Notsituation" gegeben ist, die eine höhere Kreditaufnahme erlaubt. Andernfalls bleibt beim Bürger der Verdacht, dass der Staat bei erster Gelegenheit leichtfertig diese Ausnahmemöglichkeit nutzen könnte, um sich einer strengeren Sparpolitik zu entziehen.

Angesichts des gigantischen Schuldenbergs fordern immer mehr Wissenschaftler radikale Lösungen, weil alle bisherigen Instrumente ungeeignet seien, um einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung dauerhaft zu verhindern. Nach Berechnungen von Finanzwissenschaftler Fuest beträgt der langfristige Konsolidierungsbedarf in Deutschland etwa drei bis vier Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Konkret bedeutet das: "Bund und Länder müssten heute auf einen Schlag 70 Milliarden Euro sparen, wenn der Schuldenberg wegen der demografischen Entwicklung nicht weiter wachsen sollte."

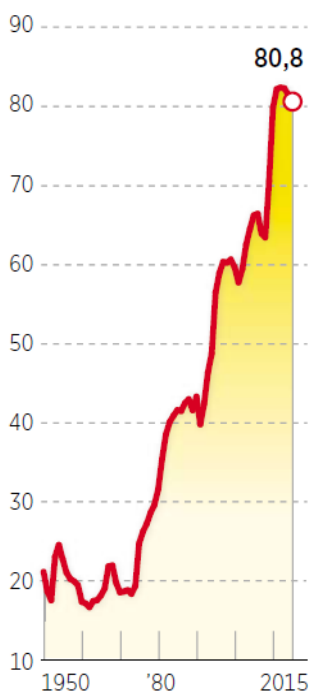
Die Politiker in Berlin haben Fuest längst ausgerichtet, dass der Vorschlag völlig unrealistisch sei. Auch die alarmierenden Berechnungen der EU-Kommission zur langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen blieben bisher ohne Resonanz.

Doch ohne ein Umdenken der politisch Verantwortlichen droht auch Deutschland ein Abstieg in den Pleite-Club Europas. "Nur wenn die Politik mutig und ehrlich ist, kann Deutschland vor einem Schuldenkollaps gerettet werden", sagt Schuldentilger Dill.

(c) Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Staatsverschuldung

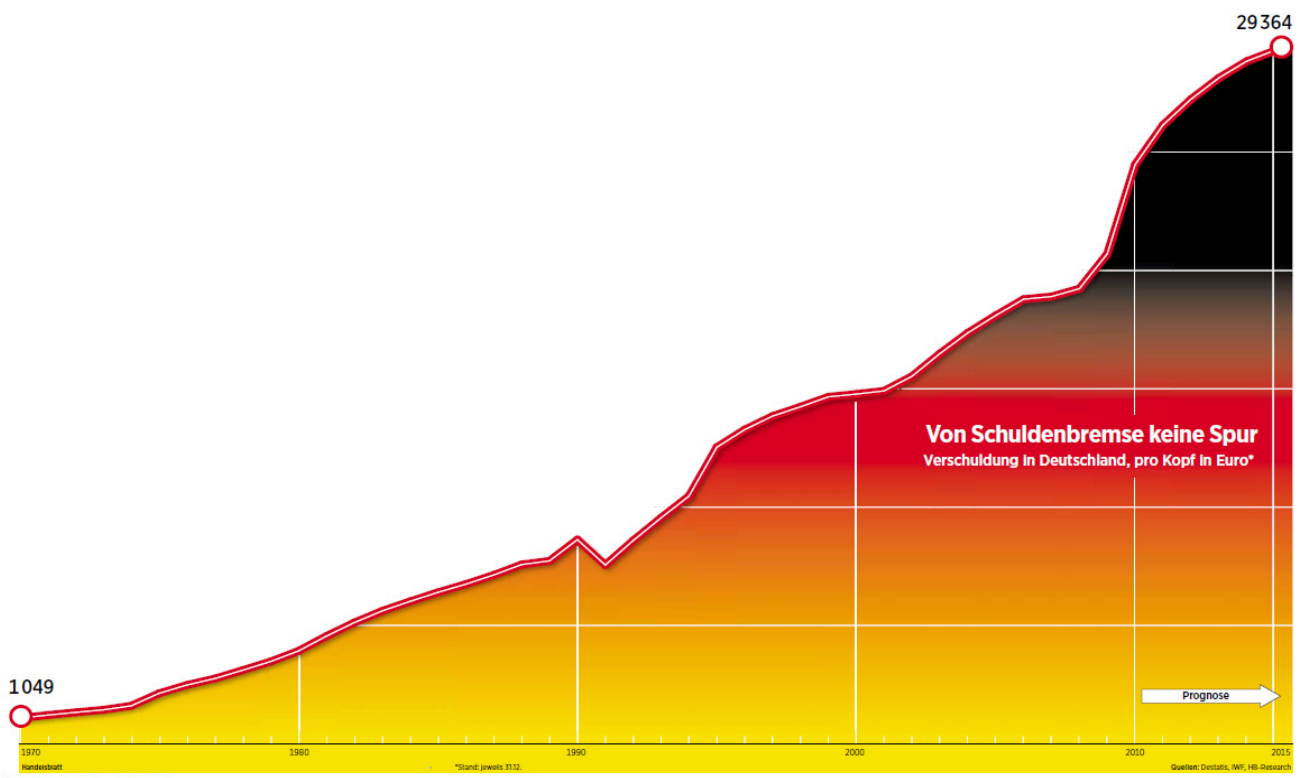
in Prozent des BIP seit 1950



Quelle: Destatis,  
IMF, HB-Research

Handelsblatt

Handelsblatt Nr. 066 vom 04.04.2011  
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).



Handelsblatt Nr. 066 vom 04.04.2011  
 © Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.  
 Zum Erwerb weitestgehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.